

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugpreis:

Vierteljahr 1,95 M. ohne Bringerlohn.

Erscheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorsatzzeile 25 Pfg.

Die Reklamezeile 70 Pfg.

Zustalten in Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Oberhof, Attenhausen, Schweighausen, Homburg, Effenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Fernsprecheranschluß Nr. 24.

Nr. 13.

Druck und Verlag:
Buchdr. Geint. Müller, Nassau (Bahn).

Samstag, 1. Februar 1919.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

42. Jahrg

Die Wahlen zu den gesetzgebenden Versammlungen.

Bisher 214 Bürgerliche. 166 Sozialisten.

In 22 von 23 Wahlkreisen (es fehlt der Wahlkreis Posen mit 21 Mandaten) sind gewählt:

Christliche Volkspartei (Zentrum)	91 Abgt.
Deutsche demokratische Partei	61
Deutschnationale Volkspartei	39
Deutsche Volkspartei	20
Andere Bürgerliche	3
Sozialdemokratische	142
Unabhängige Sozialdemokraten	24

380 Abgt.

Rückmarsch unserer Ostheere.

Berlin, 28. Jan. Die Telegraphen-Union berichtet: Der Heimtransport der zur Heeresgruppe Rjow gehörenden Truppen macht gute Fortschritte. In Pinsk ist der letzte Truppentransport aus der Richtung Gomel eingetroffen, daraus wurde Pinsk am 26. Januar geräumt. In Nowosil sind aus der Richtung Rjow nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussehbildung wird daher am 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Nikolajew und Odessa abgeschnittenen geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurückmarschieren, haben die Linie Pinsk-Kowel in westlicher Richtung überschritten.

Ein englisches Urteil über die Zugehörigkeit der Rheinlande.

Bern, 27. Jan. Der kantonale Berichterstatter des Volkstages schreibt, der Ausfall der Wahlen im Rheinlande beweise, daß die Trennungsgesetze erledigt seien, falls es den Mehrheitssozialisten gelinge, eine leistungsfähige Regierung einzurichten. Die große Stimmenzahl, die diese im Rheinland auf sich vereinigten, sei zweifellos eine Kundgebung für die deutsche Einheit, aber die große Zahl der Zentrumstimmen bedeute andererseits die dringende Mahnung, daß Ueberlieferungen, Empfindungen und Interessen des Rheinlandes ihre Berücksichtigung verlangen.

Die Polen von den Tschechen geschlagen.

Wien, 27. Jan. Die Neue Freie Presse meldet die Befehle von Tschechen durch die Polen, nachdem bei einem Kampf mit den Polen diese zurückgeworfen wurden und über 70 Gefangene und 300 Verwundete und Tote auf dem Kampffeld zurückließen.

Die deutschen Handelschiffe.

Hamburg, 27. Jan. Die Vertreter der deutschen Reedereien haben in Berlin mit der Reichsregierung beraten, um zu versuchen, daß die Auslieferung des Waffenstillstandes abkommens über die Auslieferung der deutschen Handelschiffe geändert oder gemildert werde. Eine Abänderung der getroffenen Bestimmung hat sich jedoch nicht erreichen lassen. Die Schiffe werden bis Mitte Februar abgeliefert werden, und zwar unter deutscher Befahrung. Ob diese indes ganz oder teilweise auf den Schiffen verbleiben wird, hängt von den Bestimmungen des Verbandes ab, da dieser sich, wie bekannt, auch hierüber alles vorbehalten hat.

Warum bekommen wir keine Seefische?

Berlin, 29. Januar. Der Reichskommissar für die Fischereiorganisation hat einem Mitarbeiter der Vossischen Zeitung auseinandergesetzt, weshalb unsere Versorgung mit Seefischen trotz reichlicher Bestände so jämmerlich bleibt. Die Gründe sind folgende: Man hat eine Reihe von Fahrzeugen, die früher im Dienst der Marine standen, für die Hochseefischerei freigegeben. Aber anstatt mit den Dampfern zu fischen, ist ein Teil der Matrosen auf den Fahrzeugen und macht Sozialisierungsexperimente. Die Fortschaffung der Minen, die eine Vorbedingung der Hochseefischerei ist, ist deshalb unmöglich, weil die Lohnforderungen der Befahrung der Minenfahrzeuge bis zu 100 Mark für Mann und Tag gestiegen sind, abgesehen von der Lebensversicherung. Wenn sich nun auch an der Küste die Fischerei etwas gehoben hat, so setzt man sich über die Ablieferungspflicht kaldbüßig hinweg. Die A.-S.-R. machen mit den Fischen, was ihnen beliebt. Auch ein Teil der Befahrung unserer Fischdampfer stellt unfähige Lohnforderungen. Das Durchschnitts-

gehalt eines Mannes der Befahrung, die am Bruttogehalt beteiligt ist, berechnet sich nach diesen Forderungen im Monat auf 1200 M., wozu noch freie Beköstigung und Wohnung kommt. Eine Sozialisierung der Hochseefischerei wäre wirtschaftlich undurchführbar. Einmal kommt alles auf die individuelle Fähigkeit an, zum anderen fehlen in der Hochseefischerei die großen Unternehmungen.

Gegen das neue Gemeindevahlrecht.

Berlin, 29. Januar. Ähnlich wie die rheinisch-westfälischen Zentrumspolitiker hat auch der Oberpräsident von Malsbahn in Berlin-Grünwald in der Kreuzzeitung und anderen konservativen Blättern einen Einspruch gegen die Aenderung des Gemeindevahlrechts veröffentlicht. — In einer juristischen Betrachtung sagt heute die Vossische Zeitung, auch wer der Revolution das Recht gebe, anzuerkennen, daß die Volksvertretung nach neuen Grundsätzen gewählt werden solle, müsse doch den Satz aufrechterhalten, daß die einzelstaatliche Gesetzgebung Sache dieser Volksvertretung sei. Es sei ein Widerspruch in sich selbst, wenn man eine Volksvertretung einberufe und ihr die wichtigsten Aufgaben auf dem Verordnungswege wegnehme. Das gebe auch die Verordnungsgebung selbst zu, daß die Ueberweisung von Angelegenheiten zur Folge habe. Denn sie erkenne auf der einen Seite an, daß das Gemeindevahlrecht an die Voraussetzung eines sechsmonatigen Wohnsitzes innerhalb der Gemeinde gebunden werden müsse, sie erkläre aber gleichzeitig, daß von diesem Erfordernis bei den bevorstehenden Wahlen abgesehen werde. Das werde für Berlin die Folge haben, daß alle die hunderttausend Arbeitslosen mitwählen, die infolge der ungeordneten Demobilisierung in Berlin hängengeblieben seien, ohne die Absicht und Aussicht eines dauernden Wohnsitzes zu behalten.

Die Friedenskonferenz und die Arbeiterfrage.

Paris, 23. Januar. Barnes, der Arbeitervertreter bei der englischen Friedensdelegation, hat dem Vertreter des Reichsdeutschen Bureaus erklärt, die Friedenskonferenz sehe die Arbeiterfrage als einen notwendigen Verhandlungsgegenstand an. Er hoffe, daß sie die Grundlagen für menschlichere Arbeitsbedingungen legen werde. Das nächste sei das allgemeine Recht auf freiwilligen und ungehinderten Zusammenschluß der Arbeiter, um ihre Lage zu verbessern und die internationalen Verträge über Arbeitszeit, Feiertage, Schutz von Frauen und Kindern und allgemeine Arbeitsbedingungen wirksam zu machen; der internationale Zusammenschluß müsse eine gemeinsame Vertretung der Arbeitgeber und Arbeiter ergeben und werde wahrscheinlich unter den Schutz des Völkerbundes treten, der die Beobachtung der Verträge sichern werde. So werde man der Industrie hoffentlich einen besseren Platz in der Welt sichern, da sie so wenig wie möglich von den inneren Angelegenheiten der Staaten berührt werden würden. Einer der zunächst zu machenden Vorschläge sei die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz unter Teilnahme von Arbeitgebern und Arbeitern, die das 1906 in Bern begonnene Werk wieder aufnehmen und den 1913 gefassten und in seiner Ausführung durch den Krieg gestörten Plan einer internationalen Regierung ausführen solle, und zwar hinsichtlich des Verbots von Nachtarbeit für Frauen und Kinder, der Arbeitszeit, der Mindestlöhne, eines freien halben Wochentages und des Schutzes der Kinder vor Erwerbsarbeit. Er hoffe, daß solche tatsächliche Erfolge die Arbeiterschaft auf eine höhere Stufe des Daseins heben würden. Man erwarte Vorschläge von den Arbeitervertretern jedes Volkes an die Friedenskonferenz zu deren Sitzung am 25. Januar.

Die deutschen Soldaten in Belgien.

Berlin, 25. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet: Die deutschen Vertreter der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa haben nach längeren Verhandlungen erreicht, daß die belgische Regierung dem Oberstabsarzt Dr. Brockmann gestattet, die Lazarette in Brüssel und Antwerpen zu besuchen, um sich persönlich über die Lage der in Belgien zurückgebliebenen deutschen Soldaten, Krankenschwestern und Aerzten sowie des Sanitätspersonals, insgesamt 1400 Personen, zu unterrichten. Dr. Brockmann ist bereits gestern nach Spa zurückgekehrt und

hat berichtet, daß die Deutschen in Antwerpen in drei Lazaretten und in Brüssel in einem Lazarett in sauberen, luftigen Räumen untergebracht seien. Die Verpflegung sei, abgesehen von dem Lazarett in der Deutschen Schule in Antwerpen, hinreichend. Die Deutschen würden als Internierte behandelt und dürften die Häuser nicht verlassen, da man sie angeblich auf der Straße vor Belästigungen nicht schützen könne. Die Listen sämtlicher in Belgien zurückgebliebenen Deutschen sind an das Zentralnachweisdureau des Kriegsministeriums, Berlin NW, Dorotheenstr. 48, eingeleitet worden. Wegen des baldigen Abtransports werden zur Zeit noch mit der belgischen Regierung Verhandlungen gepflogen. Es besteht die begründete Aussicht, daß in absehbarer Zeit die Auslieferung der Schwerverwundeten sowie des durch die Genesung deutscher Verwundeter entbehrlich gewordenen Pflegepersonals bewerkstelligt werden kann. Inzwischen werden die Lazarette durch Vermittlung der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa zur Verbesserung ihrer Lage mit Geld versehen. Die Gefangenenskommission erstrebt ferner von der belgischen Regierung die Erlaubnis, die in Belgien zurückgebliebenen deutschen Verwundeten mit Wäsche und Lebensmitteln zu versehen.

Ein deutscher Entwurf des Völkerbundes.

Berlin, 25. Januar. Am 11. Januar überreichte die Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht der Reichsregierung den „Entwurf einer Verfassung des Völkerbundes“ mit dem Antrag, diesen den Verhandlungen über den Völkerbund zugrunde zu legen. Der nunmehr abgeschlossene Entwurf ist das Ergebnis eingehender, durch Unregelmäßigkeiten in der Bahn- und Postverbindung sehr erschwelter Einzel- und Zusammenarbeit von 11 Unterausschüssen der am 21. November 1918 auf der Jahresversammlung in Kiel eingesetzten Studienkommission, in der Professor Niemeyer den Vorsitz führt. Auf die Unterausschüsse, deren Vorsitzende — bei acht, zehn und elf Einzelreferenten! — in Klammern genannt werden, verteilen sich die Materien folgendermaßen:

1. Organisation und Rahmen (Prof. Schäfer, Marburg); 2. Gerichtsbarkeit und Vermittlung (Prof. Meurer, Würzburg); 3. Rüstungsbeschränkung (Justizrat Dr. Waldstein, Altona); 4. Verkehrsfreiheit und Wirtschaftsfragen (Professor Niemeyer, Kiel); 5. Kolonialwesen (Prof. Rathgen, Hamburg); 6. Sicherung, Bundesexekution (Prof. Fleischmann, Königsberg); 7. Verhältnis der einzelnen Staaten zueinander, parlamentarische Kontrolle (Prof. Schäfer, Berlin); 8. Selbstbestimmungsrecht der Völker und Schutz der Nationalen Minderheiten (Prof. Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg); 9. Soziale Politik (Prof. E. Franke, Berlin); 10. Presse (Prof. Liepmann, Kiel); 11. Untoten (Prof. Osterleth, Berlin). Der Entwurf, der auch den nächstbeteiligten Reichsämtern, Ministerien und einzelnen Persönlichkeiten sowie der Presse übergeben wird, und von dem eine englische und eine französische Uebersetzung in Vorbereitung sind, umfaßt 38 Artikel in zehn Kapiteln, nämlich: 1. Grundlagen; 2. Verfassung; 3. Sicherung, Streit- und Zwangsverfahren; 4. Rüstungsbeschränkung; 5. Verkehrsfreiheit; 6. Kolonialwesen; 7. Schutz der nationalen Minderheiten; 8. Arbeiterschutz; 9. Abwehr der Völkerverehrung; 10. internationale Zivildienste (Union). — Der Sonderausschuß für soziale Politik hat ein Programm für das internationale Arbeitsrecht im Weltfriedensvertrag ausgearbeitet, das wegen der besonderen Bedeutung der hier in Betracht genommenen Fragen der Vorlage an die Reichsregierung beigelegt wurde. Es behandelt: 1. Allgemeines; 2. Freizügigkeit; 3. Arbeitsvermittlung; 4. Arbeitsbedingungen; 5. Arbeiterschutz; 6. Arbeiteraufsicht und 7. internationale Einrichtungen (bzw. nach Entwurf 2 des Programms: internationales Arbeitsamt). — Dem Geist, der den vorliegenden deutschen Verfassungsentwurf beseelt, lassen am besten die Schlussworte der seine Vorlage an die Reichsregierung begleitenden Eingabe erkennen. Sie lauten: Der Entwurf sieht von dem Völkerrecht des Krieges grundsätzlich ab, indem er von der Auflösung ausgeht, daß Völkerbund und Krieg unverträgliche Begriffe sind, daß die Völkerbundesverfassung den Krieg nicht als Rechtsverhältnis anerkennen darf, daß sie den Krieg vielmehr als völkerrechtswidriges Verhalten und im Verhältnis der Völkerbund-

staaten als Bruch des Völkerbundes behandeln muß.

Von Nah und Fern.

Nassau, 30. Jan. In den nächsten Tagen werden in den Papiergeschäften neue Formulare zu Reiseausweisen für Reisen in die nähere Umgebung aufgelegt. Die neuen Formulare sind rechtsseitig im deutschen, linksseitig im französischen Wortlaut ausgeführt. Beide Teile sind von dem Antragsteller in lateinischer Schrift deutlich lesbar auszufüllen. Grund der Reise ist nur rechtsseitig einzutragen, so fern der Antragsteller nicht in der Lage ist, den Text ins französische zu übersehen. Es empfiehlt sich, die Ausweise nicht für einzelne Tage, sondern immer für 15 Tage, also z. B. vom 1.—14. Februar oder vom 4.—18. Februar auszufertigen. Die Orte, nach welchem zu reisen beabsichtigt ist, sind namentlich aufzuführen.

Nassau, 30. Jan. Ein Wort an die Mädchen unserer Stadt! Leider muß es gesagt werden, dieses Wort! Leider ist's nur allzu nötig! Und es lautet: seid vorsichtig in eurem Umgang, in eurem eignen Interesse, wie in dem eurer Familie und der Stadt! Werft euch nicht weg, erniedrigt und beschmutzt den deutschen Namen nicht. Sonst möchte es dahin kommen, daß auch in unserer Stadt die Besatzungsbehörde Maßregeln ergreift — ähnlich wie es z. B. in Koblenz und Bonn geschehen ist — die euch tief demütigen müssen, und mit recht. Denkt auch daran, daß eure Namen mit der Zeit doch überall bekannt werden, daß man sie sich gut merken und, wenn's nicht anders geht, öffentlich brandmarken wird. Noch gibt es Juch und Ernst im deutschen Volk und auch in unserer Stadt. Hütet euch, ihr Frivolten und Leichtsinigen!

Montag, 3. Februar 1919

Nassauer Markt.

Zum Artikel:

„Demokratische-sozialdemokratische Mehrheitsbildung.“

Nass. Anz. Nr. 12 vom 30. 1. 19.

Die „Wiesbadener Zeitung“ wird von Seiten der „Volksparteien“ in letzter Zeit mit Ausführungen gegen die Deutsche demokratische Partei bedient, die weitab vom geraden Wege der Sachlichkeit irren und in echt liberaler Weise die krummen Wege der Verirrung und Wahlmanoeuvres schleichen.

Der Herr, der den „Nass. Anzeiger“ mit dem Abdruck der „Wiesbadener Zeitung“ vom 24. 1. 19 Nr. 39 über „demokratisch-sozialdemokratische Mehrheitsbildung“ beglückte, hatte sicher den inneren Drang einem Teil der Bevölkerung von Nassau und Umgegend dazu tun, wie dumm ihr Handeln war im Unterlahnkreis, statt nur 241 Volksparteistimmen und 834 deutsch-nationale Volksparteistimmen 6020 deutsch-demokratische Stimmen abzugeben. Der Artikel schließt mit dem Ausdruck: „Nur die allergrößten Räuber wählen ihre Meßger selber.“ Das deutsche Volk ist — um das an sich nicht sehr ansprechende Wort weiter zu gebrauchen — von seinen bisher gewählten „Meßgern“ zum Verbluten gebracht worden. Weil es nun sein Schicksal selbst in die Hand nehmen will, weil es die Verantwortung zukünftigen Geschehens selbst auf sich nehmen will und es nicht wieder den manigfachen „Volksparteien“ anheim gab, deshalb hebt ein großes Geschimpfe an über die Partei, in der es zum großen Teil seinen Willen zum Ausdruck gab: über die Deutsch-demokratische Partei! Aus diesem Grunde allein ist die Deutsch-demokratische Partei in keine Listenverb. eingetreten.

Sie will sich in den eben schwebenden prinzipiellen Fragen nicht biegen lassen wie eine Weide, sie will den demokratischen Staat der sozialen Gerechtigkeit und dazu braucht sie Rückgrat! Nach rechts und nach links! Das

Auge des aus der aus dem Zusammenhang gerissenen Bemerkung der Staats. Zeitung: „Hätte sich die deutsche demokratische Partei auf eine allgemeine Listenverbindung eingelassen, so wäre die Zahl ihrer Mandate zweifellos größer geworden. Aber der neuen Partei wäre auch das Rückgrat gebrochen gewesen“.

war wohl stark getrübt beim Studium der Wahlergebnisse, worin sich der demokratische Volkswille so deutlich offenbart.

Es ist anerkennenswert, wenn eine Partei ihren Standpunkt vertritt, besonders aber dann, wenn sie weiß, daß sie sich dadurch schadet. Nicht auf „Stimmen“ kommt es an, sondern auf „Farbe bekennen“. Also nicht „Parteiinteressen“ leitet die deutsche demokratische Partei sondern die Interessen des Volkes, die sie vertritt.

Daraus eine Verdrückung mit der Sozialdemokratie zu stabilisieren, ist sehr gewagt. Wohin hätten nach des Artikelschreibers Meinung die nicht sozialistisch aber demokratisch gesinnten Wähler und Wählerinnen sich wenden sollen, etwa zu den Sozialdemokraten? Als „Stimmen“ wären sie auch recht willkommen gewesen, aber sicherlich nicht als Demokraten!

Da aber bekanntlich Erfahrung klug macht, sondern sich alle guten Demokraten in der deutsch demokratischen Partei und die Tatsache ist den Führern der „Volksparteien“ scheinbar ein Dorn im Auge. Also Vorsicht bei der Weitergabe solch tendenziöser Artikel und Sachlichkeit beim Lesen derselben; denn irgendwo guckt der liberale Pferdefuß heraus.

Bekanntmachung.

Die Ortskommandantur hat Veröffentlichung folgenden Befehls angeordnet:

1. Bei Schneefall sind die Straßen, besonders die Straßen der Stadt, sofort so zu reinigen, daß der Verkehr niemals unterbrochen wird.

Es ist streng verboten, Rutschbahnen, Eisbahnen auf öffentlichen Straßen anzulegen oder auf diesen mit Handschlitten (kleine Schlitten für Kinder) zu fahren. Bei Übertretungen dieses Verbots durch Kinder werden deren Eltern zur Rechenschaft gezogen.

Nassau, den 8. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung:
Hafenclöver.

Bekanntmachung.

Zwecks Feststellung der Vergütung für Quartierleistungen beim Rückmarsch der deutschen Truppen im Monat November und Dezember 1918 sind die Quartierbillets auf dem Rathause, Zimmer 1, bis zum 6. Februar vorzulegen. Zum selben Termin sind Anmeldungen über gleiche Quartierleistungen zu machen, für welche keine Quartierbillets vorliegen unter Glaubhaftmachung der stattgefundenen Leistung.

Forderungen, die nach dem 6. Februar 1919 geltend gemacht werden, können keine Berücksichtigung finden.

Nassau, 23. Januar 1919.

Der Magistrat:
Hafenclöver.

Bekanntmachung.

Der Chef der Militärverwaltung in Diez hat Feststellung verlangt, welche Lebens- und Futtermittelmengen, Brennmaterial, Geflügel etc. von den Besatzungstruppen in der Zeit vom 1. bis 31. Januar requiriert oder aufgekauft worden sind. Der Truppenteil, der die Requisition oder den Ankauf ausgeführt hat, ist anzugeben.

Meldung ist am 1. und 3. Februar, vormittags, auf dem Rathause, Zimmer 1, zu erstatten. Der Termin ist pünktlich einzuhalten.

Nassau, den 28. Januar 1919.

Der Bürgermeister:
Hafenclöver.

Bekanntmachung.

Die Büros des Bürgermeistersamtes sind an den Wochentagen für den öffentlichen Verkehr vormittags von 8-12 Uhr geöffnet. Nachmittags können Personen nur in den allerdringlichsten Fällen Abfertigung finden, da der Nachmittag zur Erledigung des Schriftverkehrs ausgenutzt werden muß. Die Einwohner werden gebeten sich hierin einrichten zu lassen.

Nassau, 17. Januar 1919.

Der Bürgermeister:
Hafenclöver.

Bekanntmachung.

Bei Eintritt von Frost machen wir darauf aufmerksam, daß es zum Schutze der in den Häusern befindlichen Wasserleitungsrohre und Wassermesser dringend erforderlich ist, Fenster und Türen, namentlich in Kellern, dicht zu schließen, um kostspielige Reparaturen infolge Frostschäden nach Möglichkeit zu ersparen. Etwa entstehende Kosten fallen den Hausbesitzern zur Last.

Nassau, 23. Januar 1919.

Der Magistrat:
Hafenclöver.

Bekanntmachung.

Die Staats- und Gemeindesteuer für das 4te Vierteljahr und die Wassersteuer für das 3te Vierteljahr 1918 ist bis zum 15. Februar 1. J. zu entrichten.

Nassau, 30. Januar 1919.

Stadtkasse.

Bekanntmachung.

Die erste öffentliche Unterrichtsstunde für erwachsene Personen findet am 31. Januar, nachmittags 4.30 Uhr, statt im Hause Oberstraße 28.

Die Unterrichtsstunden für Kinder werden nach bekannt gegeben.

Ortskommandantur.

Nachrichten des Wirtschafts- amtes der Stadt Nassau.

Fett.

Zufolge Mitteilung der Kreisfettstelle kann wegen geringer Lieferung, eine Fettausgabe in dieser Woche nicht stattfinden.

Umtausch der Zuckerkarten.

Die neuen, vom 1. Februar ab gültigen Zuckerkarten werden am Dienstag, den 4. Februar, vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 1-4 Uhr auf dem Rathause aus- gegeben.

Umtausch der Seifenkarten.

Die neuen, vom 1. Februar ab gültigen Seifenkarten werden am Dienstag, den 4. Februar, vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 1-4 Uhr auf dem Rathause aus- gegeben.

Kartoffeln.

Montag, den 3. Februar, vormittags von 8 Uhr ab findet im Keller der Königsbacher Brauerei Kartoffelausgabe statt. Bezugscheine sind vorher auf dem Bürgermeisteramt zu erwirken. Letzte Ausgabe.

Stadtkasse.

Die Familienbeihilfe für die noch nicht entlassenen, vermögten und in Gefangenschaft befindlichen Mannschaften für die erste Hälfte des Monats Februar wird Samstag, den 1. Februar 1919, vormittags ausbezahlt.

Mit Genehmigung d. Ortsmilitärbehörde.

Schäferer-Gesellschaft Nassau.

Die Mitglieder der Gesellschaft werden auf Sonntag, den 2. Februar d. J., nachmittags 3 Uhr in das Gasthaus „Zum Raltbach“ (Piskator) zur diesjährigen

Generalversammlung

eingeladen.

Tagesordnung: 1. Rechnungsablage pro 1918.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.

Zur Uebergangszeit!

Wie mit der Neugestaltung unseres Vaterlandes, so auch bin ich im Begriffe mein

Reparatur- und Maßgeschäft

auf eine feste Grundlage zu bringen. Sämtliche Reparaturen meiner werten Kundchaft in Nassau und Umgebung können ab Dienstag, den 2. Februar, abgeholt oder auf Wunsch ins Haus gebracht werden. War es mir während der letzten Jahre oft nicht möglich als „Hilfsdienstpflichtiger“ den Wünschen meiner geehrten Kundchaft vorzutreten nachzukommen, so soll es von jetzt an mein festes Bestreben sein, durch reelle, prompte und möglichst billige Herstellung aller Reparaturen und Maharbeiten meiner werten Kundchaft in weitgehendstem Maße entgegenzukommen, sowie durch eiligste Instandsetzung aller in meinem Geschäft vorkommenden Arbeiten einem Jeden fortzuhelfen!

Mit vorzüglicher Hochachtung empfiehlt sich

Balth. Lenz, Nassau.

Schuhmachermeister. Amtesstr. 10, II.

Piasava-Beien

empfiehlt

J. W. Kuhn, Nassau.

Für kleine ruhige Familie wird eine

Wohnung

bis zum 1. Juli oder früher gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle.

Achtung!

Sämtliche Leute, welche am letzten Mittwoch zur Aufnahme bei mir waren, wollen am Samstag von 1 Uhr ab noch einmal kommen, da Platten verdorben. Außer den letzten Aufnahmen, welche zu Dritt photogr. sind, brauchen nicht zu kommen.

Sonntag ist das Geschäft schon um 10 Uhr geöffnet.

Mehlmann,
Photograph.

Bei uns sind weiter eingegangen: Für die Kriegsblinden von Ungenannt 25 M.

Für die Kriegskruppen von Ungenannt 25 M.

Für den Invaliden Peter Pfaffhausen in Wittgert von Ungenannt 50 M., worüber wir dankend quittieren.

Nassauer Anzeiger.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Heute entschlief sanft nach längerem Leiden unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Minna Vohl,

Lehrerin a. D.,

im 60. Lebensjahre.

Im tiefen Schmerz:

Wilhelm Vohl,
Johanna Vohl,
Helene Woelke, geb. Vohl,
Johanna Vohl, Schwester,
Hans Woelke.

Nassau-Lahn, Düren (Rhld.), 30. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag, 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, statt.

Danksagung!

Allen denen, die unserer lieben Entschlafenen ihre Teilnahme erwiesen haben, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

I. d. Namen: Familie Massengeil.

Nassau, den 30. Januar 1919.

Zigarren

in verschiedenen Preislagen eingetroffen.

Albert Rosenthal, Nassau.

Geschäfts-Empfehlung!

Den geehrten Einwohnern von Nassau und Umgebung die Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage in meinem Hause, Emserstraße 9, ein

Schuhmacher-Geschäft

eröffnet habe und halte mich bei vor-kommenden Bedarfe bestens empfohlen.

Reparaturen prompt und billigst.
— Anfertigung nach Maß. —

Wilhelm Degenhardt, Nassau,
Emserstraße 9.

W i d e r

mit Joh

größeren Posten preiswürdig am Lager.

J. W. Kuhn, Nassau.

Ehrlichen gutgehabten

Jungen als Lehrling

sucht E. Löwenberg, Nassau.

Wir Nassauer!

Ein Buch, zu welchem über dreihundert, größtenteils bekannte und beliebte nassauische Dichter und Schriftsteller Beiträge erstatten und hundert Juholis geliefert haben. Das Buch wird in den Familien sehr gern gelesen und ist auch als Geschenk an Einzelstehende sehr geeignet. Preis Mk. 3.—

Erhältlich bei

J. W. Kuhn, Nassau.

Je ein gut möbliertes Wohn- und Schlafzimmer mit oder ohne Pension zu mieten gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle.

Gottesdienstordnung

für Sonntag, den 2. Februar 1919.

Evangelische Kirche Nassau, Vorm. 9 Uhr: Herr Pfarrer Moser. Nachm. 2 Uhr: Herr Pfarrer Pic. Fresenius. Die Amtshandlungen hat Herr Pfarrer Moser.

Katholische Kirche Nassau, Vormittags 8 Uhr: Frühmesse. 10 Uhr: Hochamt. Nachm. 2 Uhr: Andacht.

Dienethal.

Vorm. 10 Uhr: Predigt.

Obernhof.

Vorm. 10 Uhr: Predigt, Christenlehre.

Musen-Pfeifen, Porzellan-Pfeifen

empfiehlt

Albert Rosenthal, Nassau.

Am Sonntag ist ein grau gestricelter Handschuh bei Fotograf Mehlmann irrthümlich eise mitgenommen worden. Es wird um Abgabe in der Geschäftsstelle d. Ztg. gebeten.

Pa. Portland-Zement

von Dyckerhoff, Amöneberg-Biebrich, erhalten. Chr. Balzer, Nassau, Baumaterialienhandlung.

Rohlen- und Kiehlenschaukeln

eingetroffen bei

J. W. Kuhn.

Wirz'sche Hustenstiller,

ärztlich empfohlen,

von Abertschender Wirkung und angenehmen Geschmack. In Beuteln zu 80 - 1 erhältlich bei J. W. Kuhn, Nassau.

Ausstopferei von Vögeln und Tieren, Gerben kleiner Felle.

Embach, Coblenz, 288str. 47/48 III.